

Bauernbund Brandenburg



*Kälbchenstreicheln inklusive:
Der Besuch der brandenburgischen CDU-Vorsitzenden Saskia Ludwig in der Prignitz – hier mit unserem Mitglied Karsten Krüger auf seinem Hof in Bendelin – gehörte zu den wichtigsten berufspolitischen Terminen in diesem Frühjahr*

Ringgen um Kappung und Koppelung

Diskussion in Brandenburg schlägt Wellen nach Berlin und Brüssel

Die brandenburgischen Landesverbände zweier großer deutscher Parteien haben sich hinter unsere Forderungen und damit gegen die offizielle Linie ihrer Bundespartei gestellt. Dies ist ein Erfolg unserer beharrlichen Überzeugungsarbeit. Die brandenburgische CDU forderte eine Kappung der Agrarsubventionen und deren Koppelung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden – und fand damit großes Interesse in den Bundesgremien der CDU. Kurze Zeit später stellten die brandenburgischen Grünen dieselben Forderungen auf, und zwar ohne die sonst von der Partei auf Bundesebene immer betonte Anrechnung von Arbeitsplätzen. Der schwarz-grüne Konsens in Brandenburg zeigt: 1. Agrarpolitik auf Landesebene ist wichtig, natürlich kann man auch von Potsdam aus Einfluss nehmen. 2. Wenn zwei so unterschiedliche Parteien durch Argumente zu denselben Einsichten kommen, so sind die Argumente wohl nicht ganz von der Hand zu weisen. Eindeutig isoliert ist damit die Landesregierung, die ihre Augen vor der Wirklichkeit verschließt, unsere Argumente nicht hören will und – während ein LPG-Nachfolger nach dem anderen von Investoren übernommen wird – trotzig ihren Mythos von den historisch gewachsenen, wirtschaftlich leistungsfähigen brandenburgischen Großstrukturen pflegt ...

CDU Positionspapier: hart diskutiert, hart geblieben

Eines kann man der brandenburgischen CDU sicher nicht unterstellen: Dass sie es sich mit der Agrarpolitik besonders leicht gemacht hätte. Nach der Vorstellung ihres Positionspapiers “Starke Landwirtschaft – starkes Brandenburg” auf einer Pressekonferenz in Saarmund (letzter Rundbrief)

starteten der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Dieter Dombrowski und der Sprecher für ländliche Räume Björn Lakenmacher eine Tour durch die Regionen, suchten das Gespräch mit Landwirten, um die Positionen zu diskutieren und weiter zu vertiefen. Öffentliche Veranstaltungen in Plessa (Elbe-Elster), Seelow (Märkisch Oderland), Beelitz (Potsdam-Mittelmark), Döpow (Prignitz), Ahrensdorf (Teltow-Fläming), Prenzlau (Uckermark), Forst (Spree-Neiße), Heidesee (Dahme-Spreewald) und Gransee (Oberhavel) waren Stationen des Mammutprogramms, das die beiden Landtagsabgeordneten von März bis Mai absolvierten. Auch viele Bauernbund-Mitglieder nutzten die Chance, am Dialog teilzunehmen – und unsere Zustimmung zu den Forderungen zu zeigen.

Dass es bei den Diskussionen kontrovers zugehen würde, war absehbar, denn der Bauernverband hatte angekündigt, vor allem gegen die Kappung Druck zu machen. Tatsächlich schaffte er es jedoch immer weniger, seine Mitglieder zu mobilisieren. Auch war festzustellen, dass die Forderung nach Koppelung der Subventionen an ortsansässige Landwirte bei fast allen Diskussionsteilnehmern auf positive Resonanz stieß. Einzige Ausnahme war die Uckermark, wo der wachsende Einfluss von Investoren von Bauernverbands-Funktionären als segensreich hingestellt wurde und die Diskussion teilweise in wüste Beschimpfungen ausartete. In der Regel konnte Dombrowski deutlich machen, dass solche Großbetriebe, die sich in der Hand ortsansässiger Landwirte befinden, durch Umstrukturierung Kürzungen vermeiden können.. und damit lief die Kritik ins Leere.

Natürlich ging es bei den Diskussionen nicht nur um Kappung und Koppelung, sondern viele Anregungen aus der Praxis wurden aufgenommen und sollen in das Programm einfließen: So wurde vorgeschlagen, bei Cross Compliance die Beweislast umzukehren, durch Regelungen auf Landesebene die Möglichkeiten des Grundstücksverkehrsgesetzes zum Nutzen ortsansässiger Landwirte auszubauen, Biogasanlagen nur noch bis 500 KW mit Flächenbindung und Fruchtfolge zu fördern und bei der Weiterentwicklung der Agrarsozialversicherung Nachteile für die Familienbetriebe in Ostdeutschland auszuschließen.



Höhepunkt und vorläufiger Abschluss war ein Agrarkongress der CDU in der Heimvolkshochschule Neuseddin am 6. Juni. Angesichts der großen Zustimmung im Saal taten sich der DBV-Vizepräsident Udo Folgart sowie der eigens aus Halle angereiste Agrarprofessor Alfons Balmann schwer mit ihrer Argumentation gegen die Kappung. Die völlig abgehobenen Berechnungen des Wissenschaftlers jedenfalls waren kaum nachzuvollziehen und am Ende ließ dieser die Katze aus dem Sack als er verständnislos fragte: “In Russland und in der



Oben: Diskussionsveranstaltung in Seelow, rechts Dieter Dombrowski, mitte unser Mitglied Hans-Georg von der Marwitz, MdB (CDU)

Unten: Auf dem CDU-Kongress erklärt Kurt-Henning Klamroth Udo Folgart die Überlegenheit des bäuerlichen Familienbetriebs

Ukraine gibt es doch schon lange Agrargesellschaften mit 30.000 Hektar und mehr, wo ist das Problem?“ Dass genau dies die Bauern in Brandenburg nicht wollen und Kappung und Koppelung geeignete Instrumente sind, um den Ausverkauf der Landwirtschaft zu bremsen und ortsansässige Landwirte zu stärken, fasste Dombrowski in seinem Schlusswort zusammen und versicherte, die brandenburgische CDU-Fraktion werde die weiteren Überlegungen für die EU-Agrarpolitik nach 2013 intensiv begleiten.

Welche Wirkung das brandenburgische Positionspapier in den letzten Monaten entfaltet hat, zeigt unter anderem die Stellungnahme des Bundesfachausschusses Landwirtschaft der CDU vom April zu den Ciolos-Vorschlägen: Kritik an der Kappung kommt darin nicht mehr vor, d. h. Brandenburg hat Unterstützung bekommen. Dem Vernehmen nach haben Agrarpolitiker aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg nur darauf gewartet, dass ein ostdeutscher Landesverband das heiße Eisen anpackt. Auch die bayerische CSU gratulierte zu dem Papier.

Grüne Erklärung: viel Ökologie, aber nur mit den Bauern!

Schützenhilfe kam im April von den brandenburgischen Grünen, die in der Gläsernen Molkerei ihre Münchehofener Erklärung zur Landwirtschaftspolitik beschlossen. “Mit den Grünen hat sich jetzt bereits die zweite Partei im Land eindeutig zu einer bäuerlichen Landwirtschaft bekannt, das ist ein positives Signal”, lobte Bauernbund-Vizepräsident Bringfried Wolter, der auf dem Parteitag als Gastredner auftrat. In der Münchehofener Erklärung heißt es, die Grünen wollen “die bäuerlichen Familienbetriebe unterstützen, welche sorgsam mit ihren Böden umgehen, ihre Tiere artgerecht halten, wertvolle Arbeitsplätze bieten und Gewinne vor Ort reinvestieren”. Bei den Agrarsubventionen und der Privatisierung der BVVG-Flächen sollen deshalb künftig betriebliche Obergrenzen eingezogen werden. “Damit stellen Sie sich hinter eine langjährige Forderung des Bauernbundes”, freute sich Wolter und bestärkte die Partei, sich in die Agrarpolitik einzumischen.

Auch mit weiteren Punkten der Münchehofer Erklärung erklärte sich der Bauernbund einverstanden. Mehr ökologischer Landbau sei eine realistische Perspektive, wenn es gelinge, die Nachfrage nach Bioprodukten zu steigern, erklärte Wolter, der selbst einen konventionellen Ackerbaubetrieb bewirtschaftet. Statt “kleinkarierter Umweltauflagen für Landwirte“ wünschte er sich von der Grünen “kompromisslose Härte im Kampf gegen Risikotechnologien wie Gentechnik und CCS, dann kommen wir zusammen.”

Oben: Bringfried Wolter spricht auf dem Landesparteitag der Grünen in Münchehofe zu den Delegierten

Unten: Karsten Jennerjahn diskutiert mit dem grünen Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel auf der BRALA



Eine gemeinsame Aktion war auf der BRALA im Juni die Teilnahme des Bauernbundes an Diskussionsrunden am Stand der Grünen. Karsten Jennerjahn sprach mit dem Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel zum Thema "Bodenlos ungerecht? Von roten Junkern und grünen Bodenfonds" und Reinhard Jung unterhielt sich mit der Bundestagsabgeordneten Cornelia Behm über die Frage "Seid verschwendet Millionen? EU-Agrarpolitik vor neuen Aufgaben". Bei der Kappung und der Koppelung gab es weitgehend Übereinstimmung. Aber während Behm das von der EU-Kommission geplante Greening als Schritt zur Ökologisierung der Agrarpolitik lobte, kritisierte Jung, dass damit neben Cross Compliance und den Agrarumweltprogrammen der 2. Säule noch eine weitere Regulierungsebene eingebaut würde: "Wie kompliziert wollen Sie das denn noch machen?" Der Bauernbund verschließe sich nicht einer weiteren Ökologisierung, doch diese sollte für die Landwirte wenigstens verständlich und einfach zu handhaben sein. Hier wollen wir noch vor der Ernte weitere Gespräche mit grünen Politikern führen.

Buchempfehlung: Kritischer Blick auf die Agro-Industrie

Mit der Herausgabe eines Buches zur brandenburgischen Agrarentwicklung gehen die Grünen neue Wege: „Umbrüche auf märkischem Sand“ ist im renommierten oekom verlag erschienen und wirft einen kritischen Blick auf die Zeitgeschichte der brandenburgischen Landwirtschaft. Welche strukturellen Voraussetzungen wurden in der Vergangenheit geschaffen, auf denen die Landwirtschaft noch heute aufbaut? Was steht einer nachhaltigen Landwirtschaft entgegen, die zugleich starke Impulse für eine wirtschaftlich erfolgreiche ländliche Entwicklung geben kann? Die Landwirtschaft in Brandenburg wird seit Jahren als erfolgreiches Geschäftsmodell gefeiert: Mit geringem Arbeitskräfteeinsatz, großen Flächen und intensiver Bodennutzung behaupten sich die großen Betriebe im globalen Wettbewerb – so die verbreitete Meinung. Doch was gut für die Agrarindustrie ist, das ist nicht immer gut für das Land. Denn regionale Wirtschaftskreisläufe, biologische Vielfalt und eine artgerechte Tierhaltung bleiben dabei mitunter auf der Strecke.



18 Autorinnen und Autoren befassen sich u. a. mit der Verteilung der Agrarsubventionen, mit dem Einsatz der Agro-Gentechnik und dem Bioenergie-Boom. "Wie ich Bauer wurde" lautet zum Beispiel der Beitrag des Bauernbund-Präsidenten Karsten Jennerjahn, in dem dieser nachvollzieht, wie er sich nach der Wende einen eigenen Betrieb aufgebaut hat. Und mit seinem Beitrag "Der Bauernbund – kein bequemer Partner für die Bündnisgrünen" stellt Geschäftsführer Reinhard Jung unsere Ziele vor und zeigt anhand ausgewählter Themen, wo Zusammenarbeit sinnvoll ist und wo Grüne und Landwirtschaft im Dialog noch mehr Verständnis füreinander finden sollten. Der Sammelband ist ein informatives und spannendes Buch über Agrargeschichte, Agrarpolitik, über den Zustand und die Zukunft der ländlichen Entwicklung in Brandenburg.

„Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit – Entwicklungen, Risiken, Perspektiven“, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag (Hrg.), München 2011, oekom verlag, 14,90 Euro

Gespräch mit Agrarminister Vogelsänger Themen unter anderem 2. Säule und Milchlieferverträge

Am 18. April 2011 fand ein 40minütiger Meinungsaustausch des Bauernbundes Brandenburg mit Agrarminister Jörg Vogelsänger und Abteilungsleiter Schubert im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in Potsdam statt. Von Seiten des Bauernbundes nahmen Präsident Karsten Jennerjahn, Vorstandsmitglied Jens Gerloff und Geschäftsführer Reinhard Jung teil. Strittige Grundsatzfragen wurden weitgehend ausgeklammert, statt dessen nahm Schubert die Gelegenheit zum Anlass, den Stand der Haushaltsplanungen vorzustellen, insbesondere die Kofinanzierung der Maßnahmen in der 2. Säule mit Laufzeiten über die Förderperiode bis 2013 hinaus. Ein weiteres Thema, das angeschnitten wurde, waren die Milchlieferverträge. Beim letzten Treffen hatte der Bauernbund eine gesetzliche Regelung vorgeschlagen, die einen für eine bestimmte Menge zu zahlenden Preis als Bestandteil des Liefervertrages zwingend vorsieht. Eine entsprechende Bundesratsinitiative lehnte der Abteilungsleiter jedoch ab.

Bauernbund begrüßt Obergrenzen-Bekanntnis des EU-Parlaments Pressemitteilung vom 27. Mai 2011

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt die eindeutige Stellungnahme des Agrarausschusses des EU-Parlaments für die Einziehung betrieblicher Obergrenzen bei den Agrarsubventionen. Der Ausschuss hatte gestern in einer Kampfabstimmung mit deutlicher Mehrheit einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt.

“Wenn wir den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft an Investoren stoppen wollen, sind Obergrenzen ein wichtiger Schritt”, sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Kapitalanleger würden sich bevorzugt in Großbetriebe einkaufen, weil ihnen dort umfangreiche Subventionen sicher seien. Die Forderung nach Obergrenzen werde in Brandenburg inzwischen auch von CDU und Bündnisgrünen unterstützt.

Kritisch sieht der Bauernbund das vom Agrarausschuss ebenfalls befürwortete sogenannte Greening, dass die Agrarsubventionen an zusätzliche Umweltauflagen bindet. Jung: “Wir haben nichts dagegen, wenn die bestehenden freiwilligen Agrarumweltprogramme gestärkt und ausgeweitet werden, aber hier ein neues umweltpolitisches Instrument einzubauen, macht den EU-Agrarhaushalt nur noch komplizierter und bürokratischer.”

Bauernbund warnt Wirtschaftsminister vor Anwendung von CCS Pressemitteilung vom 13. April 2011

Der Bauernbund Brandenburg hat Wirtschaftsminister Christoffers davor gewarnt, das vom Bundeskabinett heute beschlossene CCS-Gesetz in Brandenburg umzusetzen. “Das Gesetz ermöglicht es den anderen Endlager-Standorten Schleswig-Holstein und Niedersachsen, mit einfachsten Mitteln CCS auf ihrem Gebiet auszuschließen, damit bleibt nur noch Brandenburg als Versuchskaninchen übrig”, sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Ackerbauer aus Wilhelmsaue im Oderbruch. Für diesen Fall hatte der Wirtschaftsminister angekündigt, die Pilotprojekte in Neutrebbin und Beeskow nicht weiter zu unterstützen, erinnert Wercham: “Jetzt muss Christoffers einen Schlusstrich unter CCS ziehen, sonst hat er jede Glaubwürdigkeit verloren.”

Der Bauernbund kritisiert seit langem, dass mit CCS umfangreiche Enteignungen und schwer wiegende Umweltgefährdungen verbunden seien. Wercham: “Es ist nicht einzusehen, warum diese Risikotechnologie ausgerechnet in einem dicht besiedelten und fruchtbaren Land ausprobiert werden muss.”

Bauernbund gegen Bundesrats-Initiative zur Saatgutverunreinigung Pressemitteilung vom 15. März 2011

Der Bauernbund Brandenburg spricht sich entschieden gegen einen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen in den Bundesrat eingebrachten Antrag aus, wonach für gentechnische Verunreinigungen von Saatgut künftig ein Grenzwert von 0,1 Prozent eingeführt werden soll. Bislang wird verunreinigtes Saatgut, soweit nachweisbar, aus dem Verkehr gezogen. Im vergangenen Jahr mussten deswegen einige bereits bestellte Felder umgebrochen und die Landwirte entschädigt werden.

“Das deutsche Recht schützt unsere Landwirtschaft noch recht wirksam vor der Grünen Gentechnik. Wir warnen den Bundesrat vor einer schleichenden Aufweichung dieser Grundsätze”, sagte Bauernbund-Vizepräsident Bringfried Wolter, der in Willmersdorf im Barnim einen 700-ha-Ackerbaubetrieb bewirtschaftet: “Wenn dieselben Bundesländer, die vor zwei Monaten wegen zahlenmäßig fast nicht darstellbarer Dioxinspuren die halbe Republik in Panik versetzt haben, jetzt beim Saatgut klammheimlich Verunreinigungen im Promille-Bereich zulassen wollen, so ist das eine bodenlose Unverschämtheit.”

Von der brandenburgischen Landesregierung erwartet Wolter, dass sie den Antrag, der am Freitag im Bundesrat verhandelt wird, konsequent ablehnt und sich damit klar gegen die Grüne Gentechnik positioniert. Der Bauernbund befürchtet, dass Landwirte durch die Patente auf gentechnisch veränderte Lebewesen in eine totale Abhängigkeit von der Industrie geraten würden.

Bauernbund für Stärkung der Gentechnikfreien Regionen im Land Pressemitteilung vom 11. Mai 2011

Einen Tag vor der geplanten Anhörung zur Gentechnik im Brandenburgischen Landtag hat sich der Bauernbund Brandenburg für den Antrag der Grünen ausgesprochen, das Land Brandenburg möge dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten. “Auch wenn dieser Beitritt nur symbolische Bedeutung hat, würde er den vielen Landwirten im Lande den Rücken stärken, die sich mit inzwischen über 120.000 Hektar zu gentechnikfreien Regionen zusammengeschlossen haben”, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn. Gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und Nutztiere unterliegen dem Patentrecht und würden die Landwirtschaft in völlige Abhängigkeit von der Industrie bringen, befürchtet der Bauernbund. “Gentechnikfreiheit ist daher auch eine Grundlage für unsere unternehmerische Freiheit”, betont Jennerjahn und erinnert die Landesregierung an den Koalitionsvertrag, in dem die Förderung der gentechnikfreien Regionen vereinbart ist.

Bauernbund verlangt Schweigen zu Ehec Pressemitteilung vom 6. Juni 2011

In scharfer Form hat sich der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, gegen die amtlichen Verlautbarungen zur möglichen Herkunft des Ehec-Erregers ausgesprochen. “Wir können nicht verhindern, wenn selbst ernannte Experten auf der Jagd nach dem Killervirus ihre Theorien verkünden, aber von Ministerien und staatlichen Instituten verlangen wir Schweigen – so lange, bis belastbare Ergebnisse vorliegen”, sagte Bauernbund-Vorstandsmitglied Jens Gerloff aus Teetz in der Prignitz. Dass Menschen an Durchfall sterben, sei schade, aber nichts Neues. Der eigentliche Skandal bestehe darin, dass mit offiziellen Spekulationen ein landwirtschaftlicher Betriebszweig nach dem anderen in den Strudel der öffentlichen Angst gerissen werde. Bei den großen Hysterien gehe der Trend zu gesunden, natürlichen Lebensmitteln, spottet Gerloff: “Erst Rindfleisch, dann Freilandgeflügel, jetzt muss man Angst vor Salatgurken haben und am Ende vergiftet uns noch der ganze ökologische Landbau.” Von Ministerin Aigner wünscht sich der Bauernbund mehr Mut, die Verbraucher daran zu erinnern, wovon sie leben.